



Göttingen 11. November 2011

## **Presseinformation**

zur Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.  
am 10. und 11. November 2011 in Göttingen

## **Zukunft der landwirtschaftlichen Tierhaltung Akzeptanzprobleme und Ansätze für Konfliktlösungen**

Hier: **Kann der Charta-Prozess zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte beitragen?  
Erfahrungen und Schlussfolgerungen eines Moderators**

**Prof. Dr. Hartwig de Haen**

Der vom BMELV initiierte Dialogprozess zu einer Charta für Landwirtschaft und Verbraucher hatte zum Ziel, einen Meinungsaustausch unter Vertretern eines breiten Spektrums der Gesellschaft zu ermöglichen. Ihnen wurde ein Forum geboten, ihre Einschätzungen des gegenwärtigen Systems der Land- und Ernährungswirtschaft, Erwartungen und Verbesserungsvorschläge zur Diskussion zu stellen. Zum Dialogprozess gehörte auch eine Internetplattform, in der sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen konnten. Die Charta für Landwirtschaft und Verbraucher soll Gegenstand einer politischen Entscheidung des BMELV sein. Sie wird Handlungsfelder und Lösungswege einer zukunftsorientierten Agrar- und Ernährungspolitik für die gesamte Lebensmittelkette aufzeigen.

Der Dialogprozess war ein innovativer Versuch, der politischen Entscheidung einen offenen Meinungsaustausch in der Gesellschaft voranzustellen. Dieser Versuch war grundsätzlich erfolgreich. Auch wenn nicht alle relevanten Gruppen aktiv beteiligt waren – insbesondere die jüngere Generation und die mit Bildung und Ausbildung befassten Berufsgruppen waren unterrepräsentiert – war das Spektrum der beteiligten Gruppen sehr breit. Die thematische Strukturierung und der zeitliche Rahmen schufen außerdem Voraussetzungen für eine Dialogatmosphäre, die von Bereitschaft zum gegenseitigen Zuhören geprägt war. So gelang es, viele zentrale Konfliktfelder, die heute in Bezug auf die zukünftige Form der Land- und Ernährungswirtschaft im Mittelpunkt kontroverser gesellschaftlicher Auseinandersetzungen stehen, zur Sprache zu bringen. Diese betrafen praktische Umsetzung und politischen Handlungsbedarf u. a. in Bezug auf die Nachhaltigkeit der Produktion sowie des Konsums, die Prozessqualität von Lebensmitteln, Tierschutz, Agrarhandel, Verbraucherinformation und ethisch wie sozial verantwortliches Verbraucherverhalten.

Gesellschaftliche Konflikte wie die hier diskutierten im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft entwickeln sich häufig, ohne dass zu Beginn die unterschiedlichen Positionen und die sie

vertretenden gesellschaftlichen Gruppen klar erkennbar sind. Typischerweise betreffen sie Problemfelder, von denen Menschen heute in unterschiedlicher Weise (positiv oder negativ) betroffen sind und für deren zukünftige Weiterentwicklung es unterschiedliche Optionen gibt, die im politischen Raum aktuell zur Diskussion stehen. Neben der Land- und Ernährungswirtschaft könnten das beispielsweise Themen wie Mobilität oder Energie sein.

Natürlich kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Frage noch nicht beantwortet werden, ob und in welchen konkreten Themenfeldern der Chartaprozess langfristig zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte beitragen kann. Es ist aber zu hoffen, dass schon die Wiedergabe der geführten Dialoge, das Aufzeigen von Konfliktfeldern sowie die systematische Dokumentation sowohl der zahlreichen konsensfähigen als auch der kontroversen Erwartungen an die Politik einen ersten positiven Beitrag bei allen Beteiligten geleistet hat. Klar wurde insbesondere, dass anfänglich kritisch eingestellte Teilnehmer über den Zeitraum hinweg den Vorteil eines offenen Dialoges erkannt und am Ende auch gewürdigt haben. Silodenken tritt im Laufe der Zeit in den Hintergrund, die Notwendigkeit zum Kompromiss wird Schritt für Schritt allen Beteiligten klar. Die umgehende Veröffentlichung aller Berichte - auch des Abschlussberichtes - zeigt, dass das BMELV selbst den Prozess offen und transparent durchführte.

Insoweit am Ende die für das Jahr 2012 angekündigte Charta für Landwirtschaft und Verbraucher auf breite Zustimmung in der Gesellschaft stößt, könnte sich der dort gewählte Prozess eines gut organisierten, themenzentrierten und offenen gesellschaftlichen Dialogs in Zukunft auch in anderen kontroversen Politikfeldern als Modell für die Vorbereitung politischer Entscheidungen erweisen.